



Motion

Einbahnregime aufheben

Fraktion (SVP Thun)

Mark van Wijk, Hanspeter Aellig, Susanna Ernst (FDP Thun)

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Thuner Einbahnregime in Zusammenarbeit mit dem Kanton so schnell als möglich rückgängig zu machen.

Begründung:

Die Verkehrsführung vom rechten Seeufer über den Lautorkreisel in die Burgstrasse bringt auch nach der Fertigstellung der Kreisel keine Verbesserung. Im Gegenteil, lange Wartezeiten aller Verkehrsteilnehmer inklusive des Öffentlichen Verkehrs sind die Folge. Die Stausituation am rechten Thunerseeufer ist unsäglich. Hier gilt es die Solidarität zwischen Stadtbevölkerung und den Anwohnern des rechten Thunerseeufers zu wahren. Durch die bisherige Nichtumsetzung des Massnahmenpaket 3 (Aarequerung Süd) und Massnahmenpaket 4 (Hübelitunnel) konnte die Verkehrssituation in dieser Region nicht entschärft werden, im Gegenteil. Zudem wird das Einbahnregime alles andere als konsequent umgesetzt. Mittlerweile bremsen Busse, Taxis, Fahrzeuge der Stadt Thun und Fahrräder den Verkehrsfluss des Einbahnregimes. Diese Ausnahmeregelungen widersprechen einer konsequenten Umsetzung, erschweren den Verkehrsfluss und werden von anderen Verkehrsteilnehmern (zB Gewerbetransporte) als einseitige Bevorzugung empfunden. Wir hatten uns bei der Einführung stets für eine konsequente Umsetzung eingesetzt.

Die Motionäre sind überzeugt, dass eine Rückführung in den alten Zustand die Burgstrasse entlastet und es weniger zu unnötigen verlängerten Fahrten kommt. Eine rasche Einführung einer smarten Verkehrsführung kann zudem in Zukunft einen situativ optimierten Verkehrsfluss ermöglichen. Das Bedürfnis durch den Lautorkreisel in die Innenstadt zu fahren ist nicht mit der Situation vor der Eröffnung des Bypass Nord zu vergleichen. Es werden deutlich weniger sein, aber immer noch genug um die Situation zu entschärfen.

Einige weitere Punkte:

Agglomerationsprogramm

Es wird immer wieder auf das Agglomerationsprogramm verwiesen welches eine Änderung verunmöglicht. Es kann und darf nicht im Sinne der Kantons und der Gemeinde sein, dass ein mehr als 15 Jahre altes Agglomerationsprogramm, eine Verbesserung der Situation verhindert. Unter Berücksichtigung der heutigen Situation bzw des heutigen Verkehrsaufkommens können sich die Motionäre nicht vorstellen, dass es kurz und mittelfristig keinen Handlungsspielraum gibt. Langfristig erwarten wir die Umsetzung des Massnahmenpaket 3 und 4.

Baubewilligung Bypass

Bei der Erteilung des Baugesuches für den Bypass, war das Einbahnregime ebenfalls Teil davon. Auch hier erachten wir es als unwahrscheinlich, dass dies in der heutigen Situation nicht verhandelbar ist.

Überprüfung

Die Aussagen gegenüber den Medien am 4. Juli 2019, der Bypass Thun Nord und das Einbahnregime erfüllen die Zielsetzung, sind nach so kurzer Erfahrungszeit wahrscheinlich eher unausgereift und entsprechen nicht einer seriösen und empirischen Untersuchung der gesamten Verkehrssituation (insbesondere nach der Baustellensituation). Wir bezweifeln zudem, dass die Verkehrssituation an der Hofstettenstrasse miteinbezogen wurde.

Umweltschutz

Für viele Verkehrsteilnehmer, allen voran der motorisierte Verkehr, sind mit dem heutigen System erheblich längere Fahrten nötig oder sie stehen im Stau. Man sollte dabei nicht nur an die Verkehrsteilnehmer denken, die die Innenstadt oder ein anderes Parkhaus als das Schlossberg- Parking erreichen wollen, sondern auch die beachtliche Anzahl Bewohner der Quartiere Dürrenast, Neufeld und Gwatt-Schoren-Buchholz. Dies macht ökologisch wirklich keinen Sinn.

Der öffentliche Druck

Die Situation in Thun beschäftigt nicht nur die Stadt und das örtliche Gewerbe. Eine Petition und offene Briefe der Gemeinden des rechten Thunerseeufers wie auch ein Vorstoss (Amstutz) im Grossen Rat sind Abbild der Unzufriedenheit vieler Mitbürger. Im Moment läuft bereits eine zweite Petition, welche bereits jetzt von mehr als 2500 Menschen unterzeichnet worden ist. Ein aktives und rasches Handeln des Gemeinderates ist angebracht.

Die Motionäre und alle Betroffenen rufen den Gemeinderat auf, rasch ein deutliches Zeichen zur Entlastung der schwierigen Verkehrssituation in unserer Region zu setzen.

Dringlichkeit:

wird verlangt ja nein